

Offener Brief an das Bundeskanzleramt
und die Bundesministerien

22. Oktober 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum wiederholten Mal hat die Bundesregierung am zurückliegenden Wochenende eine Verbändeanhörung zu einem Gesetzgebungsverfahren gestartet. Wie bei mehreren vorherigen Gesetzgebungsverfahren ist die zur Abgabe der Stellungnahmen gesetzte Frist sehr kurz, in diesem Fall Montag, 18.00 Uhr.

Die unterzeichnenden Organisationen dieses Offenen Briefes teilen die Einschätzung der Bundesregierung, dass bei klimapolitischen Gesetzgebungsvorhaben dringender Handlungsbedarf besteht. Die erforderliche Verfahrensbeschleunigung darf jedoch nicht zu Lasten der anzuhörenden Verbände gehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Bundesregierung selbst - wie bei der Umsetzung der Beschlüsse der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung - viele Monate benötigt, um erste Entwürfe vorzulegen.

Aus unserer Sicht sind Länder- und Verbändeanhörungen ein fester Bestandteil des demokratischen Prozesses im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Stakeholder frühzeitig und angemessen zu beteiligen, kennzeichnet den konstruktiven Willensbildungsprozess in Deutschland.

Zugleich darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Anhörung nur pro forma durchgeführt wird. So wird seitens der Ministerien für die per e-mail durchgeführte Anhörung zumeist eine allgemeine Empfangsadresse (info@, empfang@) bei Gewerkschaften, NGO's und Wirtschaftsverbänden genutzt. Damit ist eine Kenntnismahnung seitens der Empfänger mit Dienstbeginn Montagmorgen anzunehmen. Damit verbleiben zur Erarbeitung einer Stellungnahme weniger als 12 Stunden. Es ist unverständlich, dass die Verbände zumindest nicht vorgewarnt werden, dass eine Anhörung eingeleitet werden könnte, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Zusätzlich fragen wir uns, ob eine sachgerechte Aus- und Bewertung der eingegangenen Stellungnahmen durch das federführende Haus und die weiteren betroffenen Ressorts der Bundesregierung anschließend überhaupt leistbar ist.

Wir fordern die Bundesregierung daher dringend auf, für zukünftige Anhörungen zu ausreichenden Fristen zurückzukehren und zugleich alles zu

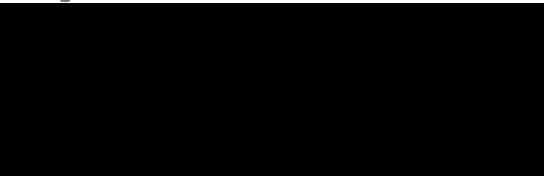
tun, den Verbänden eine fristgerechte umfassende und sachgerechte Stellungnahme zu ermöglichen. Ansonsten ist eine den demokratischen Verfahren der Bundesrepublik Deutschland angemessene Durchführung von Gesetzgebungsverfahren nicht mehr gewährleistet.

Mit freundlichen Grüßen

die unterzeichnenden Verbände und Organisationen

bdeu

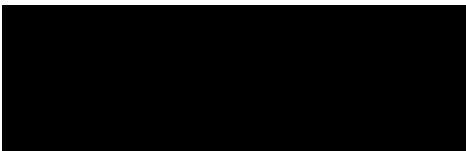
Energie. Wasser. Leben.



Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.



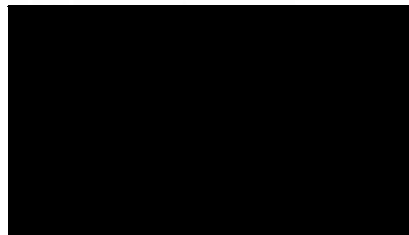
Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.



Bundesverband
Erneuerbare Energie e.V.



Bundesverband Erneuerbare Energie

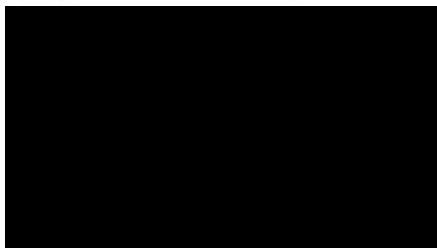
bne



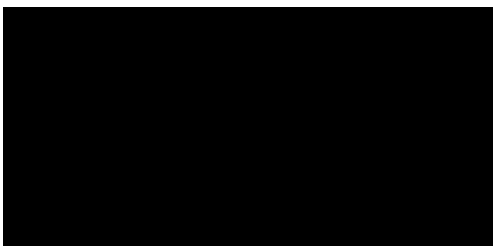
Geschäftsführer
Bundesverband Neue Energiewirtschaft e. v.



Bundesverband WindEnergie



Geschäftsführer im Bundesverband WindEnergie



Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstand
des Deutschen Gewerkschaftsbundes



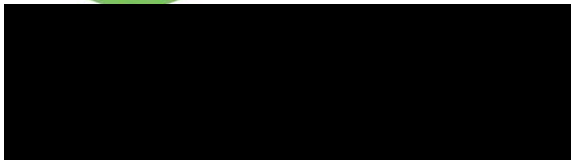
Deutscher Industrie- und
Handelskammertag



Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Deutscher Industrie- und Handelskammertag



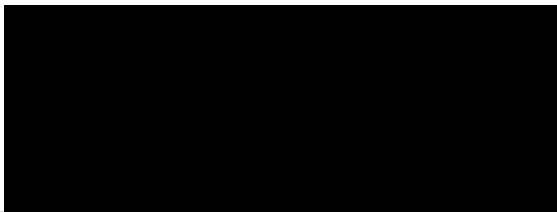
DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



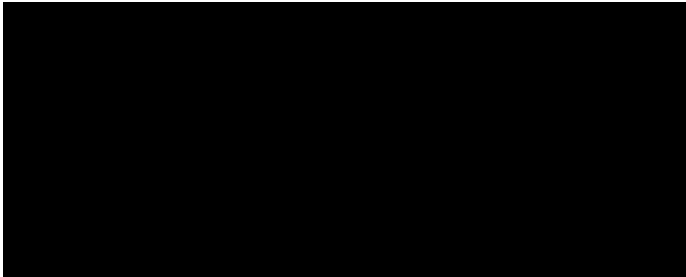
Präsident
Deutscher Naturschutzring



Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



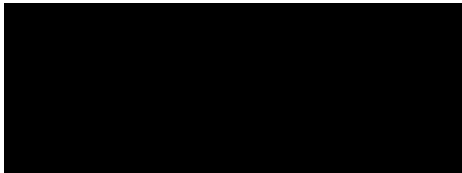
Vorsitzender
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie



Mitglied im Bundesvorstand Verdi



VERBAND KOMMUNALER
UNTERNEHMEN e.V.



Verband kommunaler Unternehmen e.V.



VERBAND DER
CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT



Hauptgeschäftsführer
Verband der Chemischen Industrie e. V.

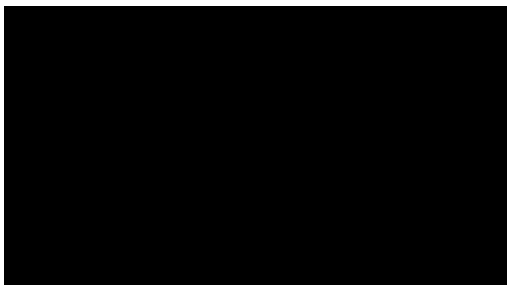
WVMETALLE



Hauptgeschäftsführerin
Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V.



Wirtschaftsvereinigung
Stahl



Präsident und Hauptgeschäftsführer
Wirtschaftsvereinigung Stahl